



Newsletter der Bürgerinitiative Ja zur Fähre - Nein zur Brücke e.V.

Liebe Gleichgesinnte,

wer gehofft hatte, nach dem Wahlsonntag im September werde es um die Elbbrücke ein wenig ruhiger, sah sich gründlich getäuscht. Innerhalb von nur 48 Stunden lieferte der Landkreis Lüneburg gleich zwei Kostproben seines ganz eigenen Verständnisses von Planung: Am 30. September sollten im Kreistag die Millionen für die Brücke festgezurt werden – und am 2. Oktober bat der Landkreis das Verwaltungsgericht, es möge sich mit dem Klageverfahren doch bitte noch etwas Zeit lassen. Eilig beim Geld, gemächlich vor Gericht. Doch der Reihe nach.



Alter Kreistag, neue Lasten: 96 Millionen Euro für Nachfolger

Im Newsletter 02/2026 hatten wir noch geschrieben, dass sich zwar „der Eine oder Andere“ einen Brücken-Beschluss in der letzten Sitzung des scheidenden Kreistages erhoffte, dies aber kaum Realitätsbezug habe. Wir haben die Lüneburger offenbar unterschätzt. In einer seiner letzten Sitzungen in alter Besetzung – der neu gewählte Kreistag tritt erst im November zusammen – standen der 1. Nachtragshaushalt 2026 und der Nachtragswirtschaftsplan des kreiseigenen Straßenbaubetriebes auf der Tagesordnung.

Hinter dem sperrigen Wort „Verpflichtungsermächtigung“ verbirgt sich nichts anderes als die Erlaubnis, heute Verträge zu unterschreiben, die in den kommenden Jahren bezahlt werden müssen. Für die Elbbrücke heißt das: Gesamtkosten von knapp 100 Millionen Euro, fällig in den Jahren 2027 bis

2031, davon rund 24 Millionen Euro als Eigenanteil des Landkreises. Die „dicke Kröte“, von der wir im Frühjahr sprachen, liegt nun also auf dem Teller – serviert von einem Kreistag, der sie selbst gar nicht mehr verdauen muss. Erklärtes Ziel laut Sitzungsvorlage: im Jahr 2027 dem Land die „Baureife“ melden und die Fördermittel abrufen. Ob die Abgeordneten wussten, dass ihr Landkreis zwei Tage später eine Planänderung ankündigen würde? In den Vorlagen steht davon jedenfalls kein Wort.

Ein Haushalt im freien Fall



Geplant war für 2026 ein Fehlbetrag von 54,3 Millionen Euro. Nach dem Nachtragshaushalt sind es nun rund 64 Millionen Euro – fast 10 Millionen mehr binnen weniger Monate. Die Gründe: Mehrkosten bei Personal, Rettungsdienst, Jugend- und Eingliederungshilfe – also genau dort, wo die Menschen tatsächlich etwas vom Geld haben.

Und es wird nicht besser. Die eigene Finanzplanung des Landkreises weist für 2027 ein Minus von rund 65 Millionen, für 2028 von rund 74 Millionen und für 2029 von rund 76 Millionen Euro aus. Zusammen mit 2026 summiert sich das auf fast 280 Millionen Euro in vier Jahren. Allein die Zinslast soll von 7,3 Millionen Euro (2026) auf über 15,5 Millionen Euro (2029) steigen – sie verdoppelt sich also.

In genau dieser Lage bindet man sich auf fünf Jahre an ein Großbauwerk am äußersten Rand des eigenen Kreisgebietes, dessen anderes Ende im Nachbarlandkreis liegt. Und die Rechnung geht ohnehin nur auf, wenn alles nach Plan läuft: Die Landesbehörde hat die Förderfähigkeit bisher nur „im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel“ in Aussicht gestellt, der Fördersatz „könne variieren“. Der Landkreis kalkuliert seinen Eigenanteil dennoch so, als würde das Land praktisch auf jeden Euro 75 Prozent drauflegen. Die Kostenberechnung stammt von Ende 2025 – gebaut werden soll bis 2031. Was bis dahin aus den Baupreisen wird – und aus den

Folgekosten, über die man in Lüneburg bekanntlich lieber schweigt –, mag sich jeder selbst ausmalen.

„Bitte warten Sie ...“ – der neueste Lüneburger Kunstgriff



Am 2. Oktober ging beim Verwaltungsgericht Lüneburg in einem der anhängigen Klageverfahren ein bemerkenswert kurzer Schriftsatz der Berliner Kanzlei Ohms ein. Inhalt: Der Vorhabenträger beabsichtige eine Änderung des Plans und „wolle bis Anfang 2027“ ein Änderungsverfahren beantragen. Die Durchführungsplanung habe nämlich ergeben, dass man mit weniger Fläche auskomme. Man bitte daher, mit der beabsichtigten Änderung des Verfahrens „zuwarten zu dürfen“.

Drei Sätze. Kein Antrag, keine Frist, keine einzige Seite Planunterlagen. Zur Erinnerung: Schon im Sommer hatte sich der Landkreis unter Hinweis auf die vielen Klagen mehrere Monate zusätzliche Zeit für seine Erwiderung erbeten. Jetzt also noch einmal: bitte warten. Beim Geld drückt man aufs Tempo, beim Gericht auf die Bremse.

Dabei ist die Ankündigung vor allem eines – ein Eingeständnis. Im Mai wurde der Planfeststellungsbeschluss als sorgfältig abgewogen und fertig präsentiert. Fünf Monate später heißt es plötzlich: Es geht auch mit weniger Elbtalaue. Wer so plant, hat vorher entweder nicht genau hingeschaut – oder wollte es nicht. Man muss kein Jurist sein, um zu ahnen, worum es eigentlich geht: Schwachstellen, die vor Gericht zur Sprache kommen könnten, sollen offenbar lieber vorher in aller Stille ausgebessert werden. Und während das Gericht warten soll, wird das Geld gesichert und die „Baureife“ angepeilt. Neu ist das Muster übrigens nicht: Schon gut zwei Wochen nach dem Beschluss erklärte die Behörde eine Passage zur sofortigen Vollziehbarkeit kurzerhand zum „Redaktionsversehen“.

Wir und unsere Anwälte haben den Schriftsatz sehr genau gelesen. Nur so viel bereits jetzt: Überrascht hat uns dieser Schritt nicht. Wir werden sehr genau darauf achten, ob und wie die Öffentlichkeit diesmal beteiligt wird.

Alte Bekannte: Die „Helfer“ vom Podium



Viele von Euch haben den Erörterungstermin im September 2025 in der Lüneburger Ritterakademie selbst miterlebt – und sich hinterher zu Recht geärgert. Eröffnet wurde er mit einem Grußwort des Landrats. Dann wurde Dr. Martin Ohms als Helfer der Verwaltung vorgestellt, die beiden Damen an seiner Seite als Protokollführerinnen. Dass dort der Gründerchef einer Berliner Fachkanzlei für Verwaltungsrecht mit zwei Anwältinnen seiner Kanzlei auf dem Podium saß, erschloss sich den meisten im Saal erst später. In der Niederschrift ist die Kanzlei dann ganz offiziell als „Projektmanager“ auf Seiten der Planfeststellungsbehörde aufgeführt.

Und wer führte inhaltlich durch die zwei Tage? Die Niederschrift spricht eine deutliche Sprache: Der „Verwaltungshelfer“ taucht darin fast viermal so häufig auf wie die behördliche Verhandlungsleitung. Manchem klingt zudem noch der Hinweis des Herrn Dr. Ohms im Ohr, ausführliche Vorträge seien nicht nötig, die schriftlichen Einwendungen würden ohnehin alle berücksichtigt. Das Protokoll selbst – ein „Ergebnisprotokoll“, das Wortbeiträge nur zusammengefasst wiedergibt – trägt übrigens keine Unterschrift.

Heute vertritt dieselbe Kanzlei den Landkreis vor Gericht, und eine der damaligen Protokollführerinnen unterzeichnet den „Bitte-warten“-Schriftsatz. Der Landkreis wiederum ist in Personalunion Antragsteller (über seinen Straßenbaubetrieb), Veranstalter der Anhörung, Genehmigungsbehörde und nun auch Beklagter. Man plant, hört sich selbst an, genehmigt sich selbst und verteidigt sich selbst – und auf allen Stationen sitzen dieselben Berater mit am Tisch.

Mit dem, was Bürgerinnen und Bürger unter einem offenen, neutralen und fairen Verfahren verstehen, hat das herzlich wenig zu tun. Der Unmut nach dem Erörterungstermin war berechtigt – und er ist es heute mehr denn je.

Wie geht es weiter?

Im November übernimmt der neu gewählte Kreistag – und mit ihm die Rechnung seiner Vorgänger: fast 100 Millionen Euro für die Brücke, rund 24 Millionen Eigenanteil und ein Kreishaushalt, der bis 2029 ein kumuliertes Defizit von fast 280 Millionen Euro ausweist.

Gleichzeitig soll ein Plan geändert werden, der erst vor fünf Monaten als fertig abgewogen und genehmigungsfähig präsentiert wurde. Beim Kreistag musste es schnell gehen, beim Verwaltungsgericht darf es nun gern etwas länger dauern. Erst die Millionen festzurren, dann den Plan nachbessern – und das Gericht soll derweil bitte warten.

Vielleicht ist das die bemerkenswerteste Erkenntnis dieser Tage: Nicht die Brückengegner stellen den Planfeststellungsbeschluss infrage. Der Landkreis fängt gerade selbst damit an.

Wir bleiben dran. Denn wer für fast 100 Millionen Euro eine Brücke bauen will, muss damit rechnen, dass sehr genau hingeschaut wird – gerade dann, wenn der Bauherr plötzlich selbst zum Radiergummi greift.

